



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 17. Oktober 2025 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Sitzungswoche war von politischen Entwicklungen geprägt, die weit über den Parlamentsbetrieb hinausweisen – außenpolitisch wie innenpolitisch. Die Bilder der freigelassenen israelischen Geiseln aus Gaza waren ebenso bewegend wie schmerzhaft: Freude über Heimkehr und Gewissheit über Verlust liegen hier dicht beieinander. Die Erinnerung an die Opfer des Hamas-Terrors darf nicht verblassen – das ist auch unsere parlamentarische Pflicht.

Gleichzeitig haben wir im Bundestag wichtige Weichen für die Zukunft gestellt: Mit der ersten Lesung zur Modernisierung des Wehrdienstes bringen wir eine Lösung auf den Weg, die auf Freiwilligkeit setzt, aber vorbereitet ist, wenn diese nicht ausreicht – ein realistisches, verfassungskonformes Stufenmodell in einer Zeit wachsender Bedrohungslagen.

Auch die Modernisierung der Verwaltung kommt voran: Mit der Zustimmung zu NOOTS (Nationales Once-Only-Techniksystem) schaffen wir die technische Grund-

lage dafür, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Daten bei Behörden künftig nur noch einmal angeben müssen – bei voller Kontrolle über ihre Informationen. Das entlastet Verwaltungen, spart Zeit und ist ein wichtiger Schritt hin zur digitalen Effizienz im Staat.

Für mich persönlich beginnt mit dieser Woche ein neuer Abschnitt: Ich übernehme ab sofort den Vorsitz des Arbeitskreises Afrika der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Verantwortung für die politischen Beziehungen zu unserem Nachbarkontinent ist groß – und sie ist eine Herzensaufgabe. Denn Afrika ist nicht nur Krisenregion, sondern auch Zukunftspartner in Fragen von Energie, Migration, Sicherheit und Handel. Ich freue mich auf die kommenden Aufgaben – im Dialog, in der Strategie und mit Haltung.

Herzlich,

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- **Sicherheit braucht Bereitschaft**
- **Aktivrente: Wertschätzung für Erfahrung**
- **Starke Pflege braucht starke Strukturen**
- **Arbeitskreis Afrika nimmt Arbeit auf**

Sicherheit braucht Bereitschaft.

Mit dem geplanten neuen Wehrdienstmodell soll die Verteidigungsbereitschaft Deutschlands personell besser abgesichert werden. Im Zentrum steht ein stufenbasiertes Konzept, das zunächst auf Freiwilligkeit setzt: Junge Menschen werden gezielt angesprochen, informiert und motiviert, sich freiwillig für den Dienst in der Bundeswehr zu entscheiden.

Sollte diese Zahl nicht ausreichen, sieht das Modell ein gestuftes Verfahren vor: Eine verpflichtende Rückmeldung auf einen Fragebogen zur Erfassung der Bereitschaft und Eignung kann – bei weiterem Bedarf – in Einladungen zu Musterungen münden. So soll im Bedarfsfall eine verfassungskonforme Dienstverpflichtung möglich bleiben.

Ziel ist es, jährlich rund 15.000 zusätzliche Freiwillige zu gewinnen, um die Bundeswehr personell zu stärken – ein Ziel, das angesichts der sicherheitspolitischen Lage dringend ist. Die Grundrichtung des Konzepts genießt in großen Teilen des Bundestages Unterstützung.

Allerdings konnte das Modell bislang nicht innerhalb der Ampel-Koalition abschließend vorgestellt werden. Uneinigkeit innerhalb der SPD hat zu einer kurzfristigen Verschiebung geführt. Die Beratungen laufen nun weiter, um in den kommenden Wochen einen abgestimmten Entwurf vorzulegen.

***Standpunkt:** Die sicherheitspolitische Realität verlangt nach Antworten. Als Union stehen wir hinter dem Ansatz eines modernen, realistischen Wehrdienstmodells, das Freiwilligkeit stärkt, aber zugleich vorausschauend vorbereitet ist, wenn diese nicht ausreicht.*

Streit innerhalb der Regierung darf dabei nicht zur Hängepartie in einer Frage werden, die unsere nationale Sicherheitsarchitektur betrifft. Wir erwarten zügige Einigung – denn die Bundeswehr braucht Planungssicherheit.

Der Dienst in den Streitkräften verdient Respekt, klare Strukturen und verlässliche politische Unterstützung. Deutschland braucht eine verteidigungsbereite Armee – mit einem Wehrdienst, der sowohl junge Menschen als auch unsere Verfassung ernst nimmt. •

Aktivrente: Wertschätzung für Erfahrung.

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche den Entwurf für ein Aktivrentengesetz beschlossen. Ziel ist es, das Weiterarbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus attraktiver zu machen und gleichzeitig dem wachsenden Fachkräftemangel zu begegnen.

Konkret bedeutet das: Rentnerinnen und Rentner, die sozialversicherungspflichtig weiterarbeiten, sollen ab dem 1. Januar 2026 monatlich bis zu 2.000 Euro steuerfrei hinzuverdienen können – zusätzlich zum regulären Grundfreibetrag. In Summe sind damit über 36.000 Euro jährlich steuerfrei möglich.

Die Regelung greift nur bei aktiver, nicht-selbstständiger Beschäftigung. Geringfügige Beschäftigungen oder Tätigkeiten im Beamtenstatus sind ausgenommen, ebenso wie selbstständige Tätigkeiten. Für Arbeitgeber gilt die Verpflichtung, auch auf steuerfreie Aktivrentenlöhne die regulären Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten – so bleibt der Wettbewerb zwischen Alt und Jung fair.

Eine Ausweitung auf Selbstständige wurde bewusst zunächst nicht aufgenommen, soll aber nach zwei Jahren evaluiert werden. Hintergrund ist die fiskalische Belastung sowie der administrative Aufwand einer breiteren Regelung.

Standpunkt: *Die Aktivrente ist ein richtiger und überfälliger Schritt – sie schafft Anreize für ältere Menschen, ihr Wissen und ihre Erfahrung weiterzugeben, ohne dafür steuerlich bestraft zu werden. Damit setzen wir ein starkes Signal: Arbeit im Alter ist keine Notlösung, sondern ein Gewinn für alle – für Betriebe, Gesellschaft und den Einzelnen.*

Die Aktivrente entlastet den Arbeitsmarkt gezielt dort, wo Engpässe spürbar sind, und fördert eine neue Wertschätzung für berufliches Engagement im Ruhestand. Es ist ein klares Signal für Leistungsbereitschaft, Generationengerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft.

Die Union hat sich mit Nachdruck für diese Lösung eingesetzt – und wir werden darauf achten, dass auch die angekündigte Evaluierung zu einem weiteren Ausbau führt. Denn jeder, der länger arbeiten will und kann, sollte auch die Möglichkeit dazu haben – ohne steuerliche Hürden. •

Starke Pflege braucht starke Strukturen.

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche das Gesetz zur Einführung einer **bundeseinheitlichen Pflegefachassistenten-ausbildung** beschlossen. Damit wird landesrechtlich geregelte Vielfalt abgeschafft: zukünftig gibt es statt 27 unterschiedlichen Ausbildungen ein einheitliches Berufsbild für Pflegefachassistentenkräfte.

Die neue Ausbildung soll dauerhaft vergütet werden und klare Karrierewege eröffnen – auch ein Aufstieg zur vollqualifizierten Pflegekraft ist anschließend möglich.

Geplant ist eine Regelzeit von 18 Monaten, mit Teilzeioptionen und Anerkennung von Vorleistungen für Personen mit Erfahrung. Zudem soll die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erleichtert werden.

Die Ministerinnen Karin Prien (Bildung und Familie) und Nina Warken (Gesundheit) haben diesen Schritt maßgeblich vorangetrieben und den Entwurf gemeinsam ins Kabinett eingebracht. Dieses Gesetz ist ein Baustein zur Modernisierung der Pflege und zur langfristigen Sicherung des Personals in der Pflege in Deutschland.

Standpunkt: *Mit der neuen Pflegefachassistenten setzen wir ein starkes Signal: Pflege braucht nicht nur mehr Hände, sondern auch gute Strukturen und klare Perspektiven. Die Vereinheitlichung dient nicht Bequemlichkeit, sondern einer echten Professionalisierung.*

Der neue Ausbildungsweg öffnet Chancen, entlastet Pflegekräfte und macht Gesundheitsberufe langfristig attraktiver.

Wichtig ist dabei: Qualität darf nicht verloren gehen. Die Ausbildung muss konsequent an Praxis orientiert sein, sinnvoll vergütet und von guter Steuerung begleitet werden. Auch der Übergang zwischen den Pflegegraden und die Aufstiegsmöglichkeiten in eine vollwertige Pflegeausbildung müssen klar geregelt sein.

Der Beschluss ist ein mutiger Schritt – doch er verpflichtet uns auch zum Blick auf die Umsetzung: Förderprogramme, ausreichende Kapazitäten und Begleitstrukturen sind entscheidend. Denn eine Reform bleibt nur dann wirksam, wenn sie auch vor Ort ankommt – in Pflegeheimen, Kliniken und ambulanten Diensten. •

Arbeitskreis Afrika: Chancen erkennen, Partnerschaften gestalten.

Seit dieser Woche darf ich den Vorsitz des Arbeitskreises Afrika der CDU/CSU-Bundestagsfraktion übernehmen. Es ist eine Aufgabe, die ich mit Respekt, aber auch großer Überzeugung antrete – denn Afrika ist nicht nur Krisenregion, sondern vor allem ein Kontinent mit enormem Potenzial, junger Dynamik und wachsender globaler Bedeutung.

In unserer konstituierenden Sitzung, an der auch Serap Güler, Staatsministerin im Auswärtigen Amt teilnahm, hatte ich die Gelegenheit, meinem Vorgänger Stefan

Rouenhoff zu danken, der den Arbeitskreis in den letzten Jahren mit Weitblick und Engagement geführt hat und nun als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sich neuen Aufgaben widmet.

Gemeinsam mit meinen Stellvertretern, Dr. Wolfgang Stefinger und Dr. Carsten Brodesser, werde ich die politische Arbeit in der sogenannten Steuerungsgruppe gestalten und voranbringen.

Der Arbeitskreis ist Plattform, Impulsgeber und Ansprechstelle zugleich. Wir wollen Chancen erkennen, Partnerschaften vertiefen und echte Dialogformate schaffen – auf Augenhöhe und mit dem nötigen Verständnis für regionale Unterschiede. Ob in Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Migrationspolitik, der Sicherheitsarchitektur oder der globalen Gesundheitsvorsorge: Afrikapolitik ist immer auch Zukunftspolitik.



Mir ist dabei wichtig, dass wir nicht nur über Afrika sprechen, sondern mit afrikanischen Partnern in ehrlichen, tragfähigen Austausch treten.

Der Arbeitskreis wird dabei nicht zuletzt auch eng mit den parlamentarischen Freundschaftsgruppen und internationalen Partnerorganisationen zusammenarbeiten.

Ich freue mich auf die neuen Aufgaben – und auf die vielen Gespräche und Impulse, die aus dem afrikanischen Kontinent längst nicht nur zu uns, sondern auch in die globale Mitte drängen. •

Deutschland und Australien: Starke Werte, starke Partner.

Am Rande der Sitzungswoche hatte ich die Gelegenheit, mit dem neuen stellvertretenden Botschafter Australiens, Matt Alexander, zu einem Gespräch zusammenzukommen. Dieser persönliche Austausch hat mir wieder deutlich gemacht, wie wertvoll die Beziehungen zu unserem Partner am anderen Ende der Welt sind. Als Mitglied der Deutsch-Pazifischen Parlamentariergruppe liegt mir diese Verbindung besonders am Herzen – nicht nur aufgrund gemeinsamer Werte, sondern auch angesichts wachsender strategischer Herausforderungen im indopazifischen Raum.

Im Mittelpunkt unseres Gesprächs standen aktuelle bilaterale Themen: von wirtschaftlicher Zusammenarbeit über Energie- und Rohstoffpartnerschaften bis hin zur sicherheitspolitischen Kooperation im Rahmen einer europäischen Indopazifik-Strategie. Der Dialog war offen, vertrauensvoll und

geprägt von dem gemeinsamen Ziel, die Partnerschaft zwischen Deutschland und Australien auch parlamentarisch zu vertiefen.



Australien ist und bleibt für uns ein wichtiger Partner – demokratisch verankert, wirtschaftlich stark und sicherheitspolitisch verlässlich. Gerade in einer zunehmend fragmentierten Weltordnung ist eine enge Abstimmung mit gleichgesinnten Ländern unverzichtbar.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit und den Ausbau dieser besonderen Beziehung. •

Die gute Nachricht der Woche **Hoffnung auf Frieden und Freiheit.**

Es ist eine Nachricht, die bewegt und Hoffnung macht: In der vergangenen Woche konnten alle lebenden Geiseln, die seit dem brutalen Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 in Gaza festgehalten wurden, endlich freigelassen werden. Ihre Rückkehr zu ihren Familien ist ein Moment der Erleichterung – nach Jahren der Ungewissheit, Angst und banger Hoffnung.

Die Bilder der Heimkehr zeigen eindrucksvoll, was in diesen Tagen auf dem Spiel steht: das Leben Unschuldiger, die Würde des Menschen, das Recht auf Freiheit. Jede einzelne Freilassung ist ein humanitärer Lichtblick in einer nach wie vor hochkomplexen und dramatischen Lage.

Zugleich bleibt klar: Der Weg zu einer Zwei-Staaten-Lösung führt nur über die vollständige Entmilitarisierung der Hamas und die Aufgabe ihres Machtmonopols im Gazastreifen. Frieden ist nur möglich, wenn Gewalt, Terror und ideologische Hetze klar zurückgewiesen werden – von allen Seiten.

Hoffnung macht in diesem Zusammenhang der von den USA vorgelegte Trump-Friedensplan, der in weiten Teilen der arabischen Welt – unter anderem von Ägypten, Jordanien, Marokko, Saudi-Arabien und der Türkei – Unterstützung erfährt.

Er verbindet die Sicherheitsinteressen Israels mit einer realistischen Perspektive auf Eigenstaatlichkeit für die Palästinenser – auf der Grundlage von Dialog, Anerkennung und Entwicklung.

Diese Woche hat gezeigt: Hoffnung kann zurückkehren – auch unter schwierigsten Bedingungen. Es ist eine Erinnerung daran, dass Menschlichkeit selbst in dunklen Zeiten ihren Platz behauptet. •